

BMUV fordert Bauernhöfe statt Agrarfabriken

| 16.06.2010, 09:55

Kreis Düren. Nachdem auch der Kreistag einstimmig beschlossen hat, dass es nicht dem Leitbild des Kreises Düren entspricht, zum Schwerpunkt industrieller Massentierhaltung zu werden, appelliert Bernd Weikopf von der Bürgerinitiative gegen Massentierhaltung und für Umweltschutz in Vettweiß (BMUV) an alle Betroffenen, sich zum Thema Intensivtierhaltung im Kreis Düren einzubringen.

Im vergangenen Herbst sind dafür im Kreishaus mit Unterstützung von Landrat Wolfgang Spelthahn die Arbeitskreise «Ethik-Tierschutz-Wirtschaftlichkeit» und «Steuerung von Intensivtierhaltung durch Planung» gegründet worden. Weikopf lud zur Mitarbeit ein.

«Es ist an der Zeit, dass wir uns auch im Kreis Düren ausschließlich mit den guten Perspektiven in der Freiland- und Ökohaltung von Mastgeflügel und Legehennen auseinandersetzen, um diese auch alsbald umzusetzen», sagte Weikopf, der weiter fordert, «künftig alle Agrarsubventionen strikt an Leistungen für den Tier- und Umweltschutz zu koppeln und die Tierschutzstandards anzuheben».

Zudem fordert er eine «deutlich verbesserte» Bürgerbeteiligung bei der Planung neuer Ställe, die Kennzeichnung der Tierhaltungsformen auf allen Lebensmitteln entsprechend dem Vorbild der Eierkennzeichnung sowie die Stärkung der regionalen Futtermittelerzeugung.

Angesagt sei jetzt eine artgerechte Nutztierhaltung in bäuerlichen Betrieben, ohne systematische «Überschuss-Produktion für Weltmarkt-Exporte, mit einer bedarfsgerechten Produktion und fairen Erzeugerpreisen».

«Bauernhöfe statt Agrarfabriken»

«Wir hoffen, dass das Gesetz breite Zustimmung findet und nun auch von Thomas Rachel und Dietmar Nietan als Abgeordnete aus unserer Region unterstützt wird.» Für Weikopf ist die gesetzliche Neuregelung des entsprechenden Paragraphen im Baugesetzbuch jedoch nur der Anfang beim Kampf gegen die Massentierhaltung. «Gemeinsam mit dem bundesweit agierenden Netzwerk 'Bauernhöfe statt Agrarfabriken' kämpfen wir dafür, dass die Massentierhaltung hierzulande keine Zukunft mehr hat.» Die Politik sei in der Pflicht, die gesetzlichen Hürden in allen die Tierhaltung betreffenden Bereichen angemessen hochzulegen.

www.az-web.de/sixcms/detail.php?template=az_detail&id=1320028